

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de



September 2006

Liebe GAR-Mitglieder,
in diesem Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Grundlageninfo zu Grund- und Gewerbesteuer
2. Kommunalen Finanzbericht ist erschienen
3. Gender in der Kommune – neue Informationsquellen
4. Auftragsvergabe und Förderung der heimische Wirtschaft
5. Bericht aus dem Landtag (Uli Sckerl)
6. Treffen kreisfreie Städte am 6. Oktober 2006
Kreistagsfraktionstreffen am 7. Oktober 2006
7. Für aktive Integrationspolitik – Positionspapier aus der Landtagsfraktion
8. Neue AKP ist erschienen
9. Europa und Kommunen – Newsletter von Heide Rühle

Mit freundlichen Grüßen

1 Kommunale Steuern

Regelmäßig bei den Haushaltsberatungen stellt sich die Frage nach den örtlichen Hebesätzen für Grundsteuer und Gewerbesteuer. Wo liegt die eigene Gemeinde im Vergleich zu den Nachbargemeinden oder im Vergleich zum Landesdurchschnitt? Was bedeutet eine Anhebung oder Absenkung der Gewerbesteuer um 10 %-Punkte konkret für die ansässigen Unternehmen? Wie wird die Gewerbesteuer berechnet, wer zahlt überhaupt Gewerbesteuer?

Selbst erfahrene Rätinnen und Räte müssen nachschlagen, wie denn die Grund- und Gewerbesteuerschuld errechnet wird. Im GAR-Büro kann hierzu eine kurze, informative Zusammenfassung bestellt werden. Dieses Steuer-Info steht auch auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1382> .

2. Kommunalen Finanzbericht des Gemeindetages

Wer sich neben der aktuellen Haushaltssituation in der eigenen Kommune auch die landesweite Entwicklung ansehen möchte, findet im aktuell erschienenen Gemeindefinanzbericht für das Jahr 2005 interessante Fakten, Grafiken und Analysen. Zum Beispiel über die Haupteinnahmequellen der Kommunen: Mit 44% sind die Steuern nach wie vor der größte Einzelposten gefolgt von den Zuweisungen des Landes mit 33%; Gebühren, Abgaben, Mieten und Pachten stellen mit 14% den drittgrößten Posten dar. Innerhalb der Steuern kommt der Gewerbesteuer mit 42,4% die größte Bedeutung zu, gefolgt vom Anteil an der Einkommensteuer mit 37% und der Grundsteuer B mit 14,6% und dem Anteil an der Umsatzsteuer mit 4,4%. Wir erfahren weiterhin, dass ein Drittel aller Gemeinden den Hebesatz bei der Grundsteuer B angehoben hat und ein Viertel der Gemeinden den Hebesatz bei der Gewerbesteuer. Auf der Ausgabenseite stieg vor allem die Kreisumlage kräftig an. Im Landesdurchschnitt um etwa 3 Prozentpunkte.

Wer jetzt neugierig auf mehr Zahlen geworden ist, kann den Gemeindefinanzbericht bestellen für 6 Euro pro Exemplar Vorkasse mit dem Stichwort „BWGZ 15/06 – Gemeindefinanzbericht“ auf das Konto 13 66 901 bei der Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01. Bezugsadresse: Gemeindetag Baden-Württemberg Tel. 0711 225720; E-Mail: zentrale@gemeindetag-bw.de

3. Gender in der Kommune – einige interessante neuen Informationsquellen

Gender Mainstreaming ist ein Wortungetüm, unter dem sich viele Menschen nichts oder nichts Konkretes vorstellen können. Das wird nicht besser, wenn wir uns die Definition des Europarates ansehen: (Bitte den Satz zu Ende lesen, auch wenn heftiger Widerstand spürbar wird.)

„Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteure und Akteurinnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen.“ Wer diesen Satz zum ersten Mal hört und sofort eine Vorstellung davon hat, was das für Tübingen bedeuten könnte, ist ein Naturtalent im Übersetzen von abstrakten Formulierungen.

Die Definition des Sozialministeriums von Baden-Württemberg ist schon eher geeignet, uns für Gender Mainstreaming zu erwärmen: „Gender Mainstreaming bedeutet, dass bei allen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen von vornherein und regelmäßig berücksichtigt werden.“

Politik und Verwaltung sollen demnach gewohnheitsmäßig ein Auge darauf haben, dass Männer und Frauen unterschiedliche Lebenssituationen haben – (Frauen halten sich zum Beispiel häufiger im Wohnquartier auf, haben weniger selbstverständlich ein Auto zur Verfügung, sind mehr mit der Pflege von Angehörigen befasst, Mädchen und Jungen treiben verschieden Sport, Migrantinnen sind anders integriert als Migranten.)

Die erste Voraussetzung dafür, dass eine Kommune den Gender-Gedanken in ihrer konkreten Arbeit umsetzen kann, ist das Interesse daran, die unterschiedlichen Auswirkungen von Verwaltungshandeln auf Männer und Frauen in den Blick zu bekommen. In der Stadt Freiburg werden seit einiger Zeit die städtischen Vorhaben einem Gender-Fragenkatalog unterzogen. Dieser **Gender-Fragenkatalog** kann als Datei

oder in Papierform im GAR-Büro bestellt werden und er steht auf der GAR-Internetseite. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1391>

Einen Antrag zur Umsetzung des neuen Chancengleichheitsgesetzes aus Tübingen und ein **Beispiel für einen Chancengleichheitsplan aus Gerlingen** können ebenfalls im GAR-Büro bestellt oder von der GAR-Internetseite herunter geladen werden. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1391>

Außerdem hat das Sozialministerium **eine Broschüre** herausgegeben mit dem Titel: "Chancengleichheit braucht Ideen. Eine Arbeitshilfe zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Planning in den Kommunen".

Sie enthält viele Beispiele, wie Chancengleichheit in der Kommune konkret umgesetzt werden kann.

Zu beziehen bei: Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, Tel. 0711 123-0; www.sozialministerium-bw.de

Gender Haushalt:

Zu den wichtigsten Entscheidungen einer Stadt gehört zweifellos der Beschluss über den Haushalt. Wo kommt das Geld her, wo geht es hin, wo wird aufgestockt, und - in den letzten Jahren leider immer wichtiger - wo wird gespart? Besonders beim Sparen muss es gerecht zugehen. Gerecht zwischen alt und jung, arm und reich und eben auch zwischen Männern und Frauen.

Das ist leichter gesagt als getan, denn um zu wissen, wie sich die Geldströme jeweils auf Männer und Frauen auswirken, muss der Haushalt erst einmal unter diesem Gesichtspunkt beleuchtet werden. Dazu müssten sicher in manchen Fällen Daten erhoben werden. In vielen Bereichen ist die unterschiedliche Betroffenheit aus dem vorhandenen Wissen einigermaßen plausibel abzuschätzen. Vorausgesetzt, die Frage wird überhaupt gestellt.

Es gibt weltweit und bundesweit eine ganze Reihe von Städten, die ihren Haushalt ganz oder teilweise in der Form eines geschlechtergerechten Haushalts aufstellen. Er heißt dann Gender Budget und weist aus, inwiefern bei den kommunalen Ausgaben und Einnahmen die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen berücksichtigt werden. Das wäre auch für andere Städte ein interessantes Projekt für Verwaltung, Gemeinderat und interessierte Bürgerinnen und Bürger. **Die Stadt München hat hierzu eine informative Broschüre herausgegeben:** „Gender-Budgeting in der Praxis – Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Sie ist zu beziehen bei der Gleichstellungsstelle für Frauen, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: gst@muenchen.de .

4. Auftragsvergabe und Förderung der örtlichen Wirtschaft

Immer wieder wird die Forderung laut, mehr Aufträge gezielt an ortsansässige Betriebe zu vergeben. Kommunale Investitionen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und jede Kommune möchte die Arbeitplatzeffekte und die Gewerbesteuererinnahmen gern in ihrem eigenen Gebiet realisieren. Dem steht das Vergaberecht entgegen, das bei öffentlichen Aufträgen ein Verfahren vorschreibt, das keine Anbieter ausschließen darf bzw. keine Anbieter bevorzugen darf. Während es in Bayern klare Wertgrenzen gibt für die freihändige Vergabe durch die Verwaltung oder für die beschränkte Ausschreibung, macht Baden-Württemberg hier keine konkreten Angaben. Das lässt auf der einen Seite Spielräume offen, birgt aber andererseits das Risiko, bei zu großzügiger Auslegung der Spielräume gegen das Vergaberecht zu ver-

stoßen. Wer sich hier genauer informieren möchte, findet die wesentlichen Fakten und Gesichtspunkte in der Landtagsdrucksache Nr.13/4916. Diese kann im GAR-Büro bestellt werden oder von der GAR-Homepage herunter geladen werden.

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1390>

5. Bericht aus dem Landtag

Es war zwar Sommerpause, dennoch beherrschten viele wichtige Themen die Landespolitik. Die grüne Landtagsfraktion hatte eine gute „Stallwache“ organisiert und war in allen Debatten stets präsent. Die Themen geben einen Vorgeschmack auf die politische Auseinandersetzung im Herbst/Winter. Wie werden die Landesfinanzen konsolidiert, müssen die Kommunen erneut tiefe Einschnitte hinnehmen? Gefährden die z.T. massiven Kürzungen von Förderungen die Weiterbildungslandschaft und die Kinder- und Jugendfreizeiten? Wie soll die Ganztageschulkonzeption umgesetzt werden? Bleibt das „Kinderland“ auf der Strecke? Wohin führt die Kürzung der Regionalisierungsmittel im ÖPNV? Gibt es eine Integrationspolitik, die ihren Namen auch verdient?, um beispielhaft wichtige Themen zu nennen. Einen Überblick über die aktuellen und Sommer-Aktivitäten der Landtagsfraktion gibt es unter www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/Presse. Die aktuellen Parlamentsinitiativen sind unter „Die Initiativen“ bei www.landtag-bw.de zu finden.

Grüne fordern Rücknahme der Kürzungen bei der Landesförderung für Weiterbildung Teilnehmerzahlen aus sozial schwächeren Schichten sinken

Ohne jede Vorwarnung hat die baden-württembergische Landesregierung mit Rückendeckung der Fraktionen von CDU und FDP mitten im laufenden Haushaltsjahr die Zuschüsse für die Weiterbildung um 10% gekürzt. Entschieden worden ist dabei ohne jede Kenntnis der finanziellen Situation der Volkshochschulen und kirchlichen Weiterbildungsträger. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf einen Antrag der Grünen hervor, die gefordert hatten, die Kürzungen zurück zu nehmen.

Bei einer Umfrage im Rhein-Neckar-Kreis hatten wir bei den Trägern der Weiterbildung ermittelt, dass die Kürzungen massive Probleme bereiten und etliche Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet sind. In anderen Regionen des Landes sieht es nicht besser aus. Die Antwort von Kultusminister Rau auf den grünen Antrag ist entlarvend. Auf die Frage zu den Auswirkungen der Kürzungen auf die Einrichtungen vor Ort, antwortete der Minister: "Es ist nicht bekannt, (...)welche konkreten Auswirkungen die Kürzung von knapp 10% der Landeszuschüsse auf die Arbeit der Träger haben." Zum Vorwurf, die Kürzungen bedeuteten das Aus für 10% der Volkshochschulen, teilte der Minister mit: "Die Landesregierung nimmt diese Aussage ernst, hat aber darüber keine konkreten Hinweise erhalten." Hingegen das Ergebnis unserer Umfrage: Die Kürzungen treffen überall hart und sind mit eigenen Mitteln längst nicht mehr aufzufangen. Etliche Einrichtungen fürchten ganz konkret um ihren Bestand. Die Landesförderung deckt im Durchschnitt mittlerweile nur noch knapp 6% der Kosten in den Einrichtungen. Der Bundesdurchschnitt beläuft sich hingegen auf 15%.

Aufgrund der hohen Kursgebühren sinkt seit 2 Jahren die Teilnehmerzahl besonders aus den sozial schwächeren Schichten. Im Ergebnis werden die Menschen von Weiterbildung ausgegrenzt, die sie z.B. für eine bessere berufliche Qualifikation dringend benötigen. Für etliche Träger stellt sich damit längst die Verfassungsfrage, denn das Land ist in der Verfassung zur Förderung verpflichtet. Der Eigenanteil dürfte nicht höher als 50% sein, wenn die Angebote allen Schichten zugänglich bleiben sollen, so die Forderung. Die Einrichtungen werden das Jahr 2006 mit einem Defizit abschließen. Teilweise muss auf dringende Investitionen verzichtet werden. Beratungsleistungen müssen weiter eingeschränkt werden. Die meisten Einrichtungen sehen zu weiteren Gebührenerhöhungen ab dem 1. Semester 2007 keine Alternative. Und sie befürchten, dass weitere Teilnehmer dann

weg bleiben werden. Die stille Hoffnung des Landes, dass die Kommunen die Kürzungen kompensieren ist dabei trügerisch. Die finanzielle Ausstattung der meisten Kommunen erlaubt keine höheren Zuwendungen an die Träger. Der Rückzug des Landes kann hingegen als Signal verstanden werden, die Tür mancher Volkshochschule zu schließen. Es gibt in einzelnen Gemeinden entsprechende Überlegungen", so Sckerl. Dies aber wäre für die Weiterbildung fatal. Wir müssen in den Kommunen darum kämpfen, sich nicht aus der Volkshochschul-Förderung zurück zu ziehen, sondern auf das Land Druck zu machen.

Verwaltungsreform - Kostentransparenz fehlt, Effizienzrendite schadet der Lebensmittelüberwachung

Der baden-württembergische Gemeindetag hat in der Sommerpause die Debatte um die Verwaltungsreform neu angeheizt und eine klare Kostentransparenz gefordert. Wir kommen nach bald zwei Jahren Verwaltungsreform ebenfalls zu einer kritischen Zwischenbilanz und unterstützen den Gemeindetag. Aus den Haushalten der Stadt- und Landkreise gibt es zu wenig oder keinen Nachweis, ob die Effizienzrendite bei den übertragenen Aufgaben tatsächlich erwirtschaftet wurde. Weder für die Kommunen noch für Öffentlichkeit ist unter diesen Umständen eine 'Erfolgskontrolle' möglich. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Verwaltungsreform muss man mehr als skeptisch im Hinblick auf die angekündigte Effizienzsteigerung sein. Diese bleibt allein schon durch den weiterhin bestehenden bürokratischen Aufwand auf der Strecke. So sind zum Beispiel die Schulämter zwar in Landkreise eingegliedert, bei den Stadtkreisen aber nur angegliedert. Die Folge ist ständiger Abstimmungsbedarf mit Landkreisen und Regierungspräsidien. Das Mindeste ist, dass Stadt- und Landkreise die gleichen Zuständigkeiten bekommen.

Das sture Festhalten an der Effizienzrendite führt bei der Lebensmittelkontrolle inzwischen zu empfindlichen Qualitätseinbußen. Die jüngsten Skandale um Gammelfleisch machen es wieder deutlich. Hier geht eine zweifelhafte Einsparung klar zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Eindeutig bewährte Strukturen zu zerschlagen macht eben keinen Sinn. (Uli Sckerl)

6. Terminankündigungen Herbst 2006

Die Organisation des Informationsaustauschs unter den grün/alternativen Fraktionen ist eine kontinuierlich wahrgenommene Aufgabe der GAR. In diesem Herbst laden wir die Fraktionen der kreisfreien Städte und Landkreise ein.

Die Fraktionen der kreisfreien Städte treffen sich am Freitag, den 7.10.2006 um 17:15 Uhr im Fraktionssitzungssaal der grünen Landtagsfraktion. Die Kreistagsfraktionen sind für Samstag, den 8.10.2006 um 10:15 Uhr im Bolzsaal im Landtag eingeladen.

Allen Fraktionen geht in der kommenden Woche eine gesonderte Einladung mit der Bitte um Rückmeldung zu.

7. Integration – Grundsätzliche Positionen der Grünen Landtagsfraktion

„Für aktive Integrationspolitik“ ist ein Positionspapier der Grünen Landtagsfraktion überschrieben, das die Grundzüge Grüner Integrationspolitik darlegt. Der neue integrationspolitische Sprecher, Werner Wölfle, ist gleichzeitig Stadtrat in Stuttgart, das sich durch vielfältige Aktivitäten in Sachen Integration hervorgetan hat. Die integrationspolitischen Ansätze haben viele Schnittstellen zur Kommunalpolitik und enthalten daher auch für die Debatten auf der kommunalen Ebene wichtige Anregungen. Das Papier kann im GAR-Büro bestellt werden und steht auf der GAR-Internetseite. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1386>

8. Neue AKP zu Lärm

Lärm nervt, Lärm schadet der Gesundheit. Höchste Zeit, einen AKP-Schwerpunkt zu diesem Thema zu machen. Wir beschreiben die Gesundheitsgefahren und den rechtlichen Rahmen. "Hauptmelodie" ist die Umsetzung der EU-Umgebungsärmrichtlinie. Hierzu berichten PraktikerInnen schon von ihren ersten Erfahrungen.

Weitere Themen sind: Friedhöfe, Netzwerk gegen rechte Gewalt, BHKW-Strategie, Bauen mit Holz

Das Inhaltsverzeichnis ist unter www.akp-redaktion.de zu finden.

Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,-Euro (6 Hefte).

Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, akp@akp-redaktion.de

9. Europapolitik ist auch Kommunalpolitik: Aktuelle Ausgabe des Print-Newsletters von Heide Rühle

Während Städte, Gemeinden und Landkreise bis vor wenigen Jahren noch weitgehend im toten Winkel europäischer Politik lagen, interessiert sich Brüssel in letzter Zeit immer mehr für kommunale Belange. Die aktuelle Ausgabe des Print-Newsletters "ortstermin: europa" von Heide Rühle erläutert diese Europäisierung lokaler Politik, nennt konkrete Beispiele und macht ihre Auswirkungen deutlich.

>> Den Newsletter könnt Ihr herunterladen unter: http://www.heide-ruehle.de/heide/artikel/501/doc/ortstermin_2_end.pdf